



Die schwankenden Wähler

Eine repräsentative Untersuchung zu Briefwählern, Parteipotenzialen und Einstellungen zu Politik, Politikern und Parteien in Deutschland nach der Bundestagswahl 2017

Sabine Pokorny

Zum Mitnehmen

- Briefwähler unterscheiden sich kaum von Urnenwählern. Sie haben sich allerdings früher entschieden, welche Partei sie wählen, und schwanken seltener zwischen zwei oder mehr Parteien.
- Die Hauptmotive für die Briefwahl sind Zeitmangel und Bequemlichkeit.
- Fast die Hälfte aller Wähler hat vor der Wahl zwischen verschiedenen Parteien geschwankt. Union und SPD wurden am häufigsten von Wählern in die Auswahl einbezogen.
- Die selbst eingeschätzte politische Kompetenz ist recht hoch, das Interesse an Politikern hingegen eher gering. Zudem meint nur eine Minderheit, sie sei im Alltag von Politik betroffen.
- Die Demokratiezufriedenheit ist hoch. Am zufriedensten sind die Wähler von CDU und CSU, die Wähler der AfD dagegen sind am unzufriedensten mit der Demokratie.

INHALT

2 | Briefwähler

5 | Parteipotenziale

10 | Einstellungen zu Politik, Politikern und Parteien

14 | Schlussbemerkung

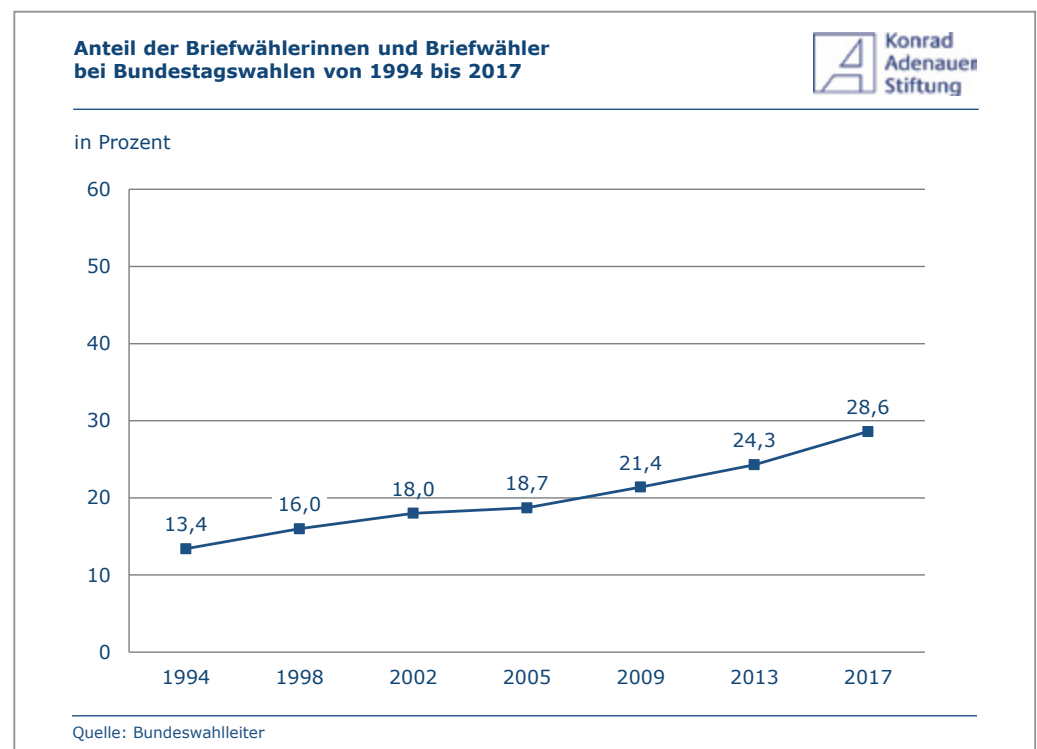
Die Bundestagswahl 2017 wies einige Besonderheiten auf: Die Liberalen schafften den Wiedereinzug ins Parlament; mit der AfD kam zum ersten Mal eine rechtspopulistische Partei in den Deutschen Bundestag; die SPD erzielte ihr bislang schlechtestes Ergebnis und auch die Union verzeichnete deutliche Verluste; der Anteil an Briefwählern erreichte Rekordniveau. Dies hat die Konrad-Adenauer-Stiftung zum Anlass genommen, um in einer repräsentativen Umfrage die Gruppe der Briefwähler, die Potenziale der Parteien, die Bewertung des Wahlergebnisses sowie die Einstellungen zu Politik im Allgemeinen und Politikern im Besonderen genauer zu untersuchen. Dazu wurden 2.719 Wahlberechtigte zwischen dem 14. November und 9. Dezember 2017 von der GMS Dr. Jung GmbH telefonisch befragt. Damit fällt der Abbruch der Sondierungsgespräche zwischen Union, FDP und Grünen durch die Liberalen genau in die Befragungszeit, was bei der Interpretation mancher Ergebnisse berücksichtigt werden sollte.

Anteil der Briefwähler hat sich seit 1994 verdoppelt.

Briefwähler

Der Anteil an Briefwählern ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Bei der Bundestagswahl 2017 haben 28,6 Prozent der Wähler nicht am Wahltag, sondern vorab per Briefwahl abgestimmt. 1994 lag der Anteil noch bei 13,4 Prozent. Seitdem hat sich der Anteil an Briefwählern mehr als verdoppelt. Dennoch gibt es kaum Untersuchungen, die sich damit befassen, ob und wie sich Brief- von Urnenwählern unterscheiden. Die einzigen Ausnahmen sind je ein Artikel zu den Bundestagswahlen 2002 (Ellermann 2004) und 2013 (Giebler 2014).

Abbildung 1:
Die Entwicklung des Briefwähleranteils.



AfD schneidet schlechter, CSU besser unter Briefwählern ab.

Anhand der Umfragedaten sowie der Daten des Bundeswahlleiters wird folgenden Fragen nachgegangen: Wie unterscheidet sich das Wahlverhalten von Brief- und Urnenwählern? Gibt es Unterschiede in der Sozialstruktur zwischen den beiden

Wählergruppen? Wann fiel in beiden Gruppen die Wahlentscheidung? Differieren die politischen Einstellungen zwischen Brief- und Urnenwählern?

Hätten bei der Bundestagswahl 2017 nur die Brief- oder die Urnenwähler abgestimmt, wäre das Ergebnis nur geringfügig anders ausgefallen. Der größte Unterschied zeigt sich bei dem Abschneiden der AfD. Sie kommt unter den Briefwählern nur auf 9,6 Prozent und schneidet damit deutlich schlechter ab als unter Urnenwählern mit 13,9 Prozent. Möglicherweise zeigt sich hier ein Zeiteffekt. Briefwähler stimmen klassischerweise deutlich vor den Urnenwählern ab, sodass sich der Aufstieg der AfD in der Sonntagsfrage kurz vor der Wahl bei ihnen nicht mehr niederschlagen konnte.

Umgekehrt verhält es sich bei der CSU. Sie schneidet unter Briefwählern um 3,2 Prozentpunkte besser ab als an der Urne. Für die CSU ist das aber nicht ungewöhnlich. Schon bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 fiel das CSU-Ergebnis unter den Briefwählern um 4,2 bzw. 3,6 Punkte höher aus (Kobold 2014: 727).

CDU, FDP und Grüne schneiden ebenfalls unter Briefwählern leicht besser ab. Bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 dagegen wählten mehr Urnen- als Briefwähler die CDU. SPD und Linke erzielen auch 2017 unter Urnenwählern ein leicht besseres Ergebnis als unter Briefwählern.

Tabelle 1:

Vergleich Urnen- und Briefwahlergebnis.*

Zweitstimmenanteile (in Prozent) bei				Differenz
	Gesamt	Urnenwahl	Briefwahl	(Urnen- minus Briefwahl)
CDU	26,8	26,3	27,9	-1,7
CSU	6,2	5,2	8,5	-3,2
SPD	20,5	21,0	19,4	1,5
FDP	10,7	10,3	12,0	-1,7
Grüne	8,9	8,7	9,5	-0,8
Die Linke	9,2	9,7	8,0	1,7
AfD	12,6	13,9	9,6	4,3

* Mögliche Abweichungen in der Differenz sind auf Rundungsfehler zurückzuführen.

Quelle: Bundeswahlleiter

Was wissen wir über Briefwähler? In der von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Auftrag gegebenen Umfrage liegt der angegebene Briefwähleranteil mit 27,7 Prozent nur knapp unter dem tatsächlichen Wert. Unter Frauen (30,2 Prozent) ist der Anteil an Briefwählern höher als unter Männern (24,9 Prozent). Am häufigsten entscheiden sich Wähler zwischen 30 und 39 Jahren sowie über 70 Jahre für die Briefwahl. In diesen Gruppen liegt der Briefwahlanteil bei fast einem Drittel. Wechselt man die Perspektive und vergleicht den Altersdurchschnitt der Brief- und der Urnenwähler, gibt es allerdings keinen Unterschied, da beide Gruppen im Schnitt 50 Jahre alt sind. Auch zeigen die Daten keinen Unterschied im Bildungsgrad der Wählergruppen. 2013 war dies noch anders. Giebler (2014: 175) zeigt für die Bundestagswahl 2013 sowohl einen höheren Altersdurchschnitt als auch einen höheren Bildungsgrad der Briefwähler auf. Zudem können wir – im Gegensatz zu Giebler – nicht feststellen, dass in Ballungsgebieten häufiger per Brief abgestimmt würde als im ländlichen Raum.

Keine Alters- und Bildungsunterschiede zwischen Brief- und Urnenwählern

Briefwähler sind deutlich früher entschlossen.

Wenig überraschend haben Briefwähler ihre Wahlentscheidung früher getroffen als Urnenwähler, von denen fast ein Viertel angibt, sich erst am Wahltag entschieden zu haben. Nur etwa ein Fünftel der Urnenwähler hat sich schon längere Zeit vor der Wahl entschieden, während das für ein knappes Drittel der Briefwähler gilt. Zudem gibt ein Viertel der Briefwähler an, immer gleich zu wählen, im Gegensatz zu den Urnenwählern, von denen sich nur ein Fünftel immer für dieselbe Partei entscheidet. Da die Wahlentscheidung bei der Mehrheit der Briefwähler schon vorzeitig feststand, haben die meisten auch entsprechend früh gewählt. 17 Prozent haben vier bis sechs Wochen vor der Wahl ihr Kreuz gemacht, und sogar jeder Zweite hat seine Stimme zwei bis drei Wochen vor der Wahl abgegeben. Lediglich ein gutes Viertel hat die Briefwahlunterlagen erst in der letzten Woche vor der Wahl ausgefüllt.

Briefwähler schwanken weniger in ihrer Wahlentscheidung als Urnenwähler.

Die Briefwähler waren vor der Wahl weniger unentschlossen als die Urnenwähler, ob sie an der Wahl teilnehmen, sie haben seltener zwischen verschiedenen Parteien geschwankt und sie geben seltener an, dass ihnen die Wahlentscheidung diesmal besonders schwer gefallen sei. In der Häufigkeit der Wahlteilnahme stellen die Briefwähler aber eine genauso heterogene Gruppe dar wie die Urnenwähler. Nicht ganz die Hälfte nimmt an fast allen Wahlen teil, etwa ein Viertel nur an wichtigen Wahlen. Ein Fünftel der Urnen- und ein Viertel der Briefwähler gibt an, so gut wie nie zu wählen. Offenbar haben sich auch einige häufige Nichtwähler diesmal für die Briefwahl entschieden. Diejenigen Briefwähler, die regelmäßig an Wahlen teilnehmen, bezeichnen sich aber etwas häufiger als die Urnenwähler als Stammwähler.

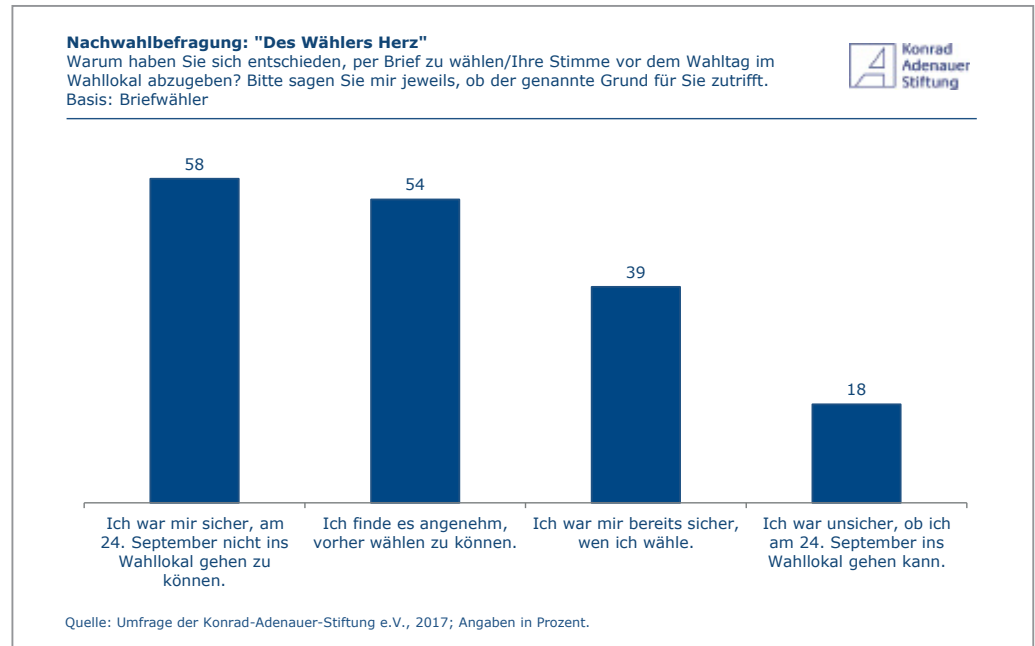
Briefwähler sind nicht automatisch Stammwähler.

Bei den Motiven für die Briefwahl überwiegen Zeitmangel und Bequemlichkeit (Mehrfachnennungen waren möglich, daher ergeben die Antwortkategorien zusammen deutlich mehr als 100 Prozent). 58 Prozent waren sich sicher, am 24. September 2017 nicht ins Wahllokal gehen zu können, und weitere 18 Prozent waren sich zumindest unsicher, ob sie es ins Wahllokal schaffen würden. Auch in einer qualitativen Umfrage¹ berichten Briefwähler von Zeitmangel. Einige geben an, nur deshalb per Brief gewählt zu haben und sonst die Urnenwahl zu bevorzugen: „Aber wenn ich da bin, dann gehe ich ins Wahllokal. Aber wenn ich im Vorfeld weiß, okay, da kann ich nicht aus irgendeinem Grund, ob ich jetzt arbeiten muss oder im Urlaub bin, dann mache ich Briefwahl.“² Andere gehen grundsätzlich auf „Nummer sicher“: „Das mache ich schon immer. [...] Man weiß ja auch nie was ist, ob ich da krank bin oder nicht da bin oder einfach kurzfristig verreist oder was passieren kann.“³ Des Weiteren meinen 54 Prozent, sie fänden es angenehm, vorher wählen zu können. Dieser Aspekt wird auch in der qualitativen Umfrage häufig angesprochen: „Ich finde es einfach praktisch. Ich fände es noch besser, wenn man einfach digital abstimmen könnte. Wenn man sich gar nicht irgendwie ... nein, aber ... ich habe keine Lust da alleine rauszugehen und dahinzugehen, wenn ich es auch bequem von zu Hause machen kann.“⁴ Die Urnenwähler berichten hingegen, dass sie den Akt des Wählens im Wahllokal besonders schätzen: „Aber ich finde das immer schön sonntags, man frühstückt und trödelt ein bisschen in der Wohnung rum, dann sagt man, jetzt machen wir einen kleinen Spaziergang und gehen ins Wahllokal. Das hat für mich so was, das ist schön für mich. Man geht dahin, man sieht die Leute, die da sitzen, redet ein bisschen mit denen. Manchmal ist auch ein Nachbar da oder sonst was. Da habe ich das Gefühl wirklich, ich mache das aktiv, ich wähle aktiv.“⁵

Zeitmangel und Bequemlichkeit sind Hauptmotive für Briefwahl.

Zusätzlich haben sich 39 Prozent entschieden, per Brief abzustimmen, weil sie sich bereits sicher waren, wen sie wählen würden. Dieses Motiv ist bei den Wählern der Union besonders ausgeprägt: Fast jeder zweite Briefwähler, der für die Union gestimmt hat, war sich schon sicher, CDU oder CSU seine Stimme geben zu wollen. Zudem geben Frauen häufiger als Männer an, sich schon sicher gewesen zu sein. Auch die über 70-jährigen Briefwähler waren sich früh sicher, wen sie wählen wollten.

Abbildung 2:
Die Motive für die Briefwahl.



Keine Unterschiede zwischen Brief- und Urnenwählern auf der Einstellungsebene

Auf der Einstellungsebene können keine Unterschiede zwischen Brief- und Urnenwählern festgestellt werden. Beide Gruppen sind ähnlich stark an Politik interessiert, ähnlich zufrieden mit der Demokratie und zeigen auch sehr ähnliche Einstellungen zu Politikern und Parteien.

Parteipotenziale

Auch Stammwähler schwanken zwischen Parteien.

Jeder zweite Wähler bezeichnet sich selbst als Stammwähler⁶. In Anbetracht der gestiegenen Volatilität ist das immer noch eine recht große Gruppe. Daher ist es von besonderem Interesse zu untersuchen, wie viele Wähler unentschlossen waren und zwischen welchen Parteien sie schwankten, bevor sie ihre Wahlentscheidung getroffen haben. Jeder zweite Wähler gibt an, nicht zwischen verschiedenen Parteien geschwankt zu haben. Das entspricht zwar dem Anteil an Stammwählern, doch bedeutet das nicht, dass sie für die Parteien gesicherte Wähler sind, denn auch gut ein Drittel der Stammwähler hat nach eigener Aussage zwischen verschiedenen Parteien geschwankt.

44 Prozent bezeichnen sich hingegen als Wechselwähler. Gleichzeitig schwankten 45 Prozent der Wähler zwischen zwei oder mehr Parteien. Das entspricht dem Anteil an Wechselwählern, die jedoch auch nicht alle unentschlossen waren. Etwas mehr als jeder zweite Wechselwähler schwankte, während sich 38 Prozent der Wechselwähler eindeutig entscheiden konnten. Wechselwähler wechseln die Partei also zwischen den Wahlen, nicht jedoch zwingend innerhalb eines Wahlkampfes. Eine Analyse der Bundestagswahl 2013 bestätigt, „dass die Stabilität während des Wahlkampfes höher ist als zwischen zwei Wahlen“ (Blumenstiel/Wiegand 2014: 138). Leicht unterdurchschnittlich fällt der Anteil an Schwankenden unter den Wählern der Grünen (40 Prozent) aus, leicht überdurchschnittlich unter denen der FDP (50 Prozent).

Von den 45 Prozent der Wähler, die geschwankt haben, gaben (bei möglichen Mehrfachnennungen) 31 Prozent an, zwischen der gewählten Partei und der Union

geschwankt zu haben. Damit hat die Union das höchste Potenzial unter den Unentschlossenen, was in Anbetracht ihrer Gesamtwählerzahl nicht erstaunlich ist. Volksparteien sind für viele grundsätzlich wählbar, egal wie sie sich am Ende entscheiden. Das zeigt sich auch bei der SPD, die 27 Prozent der schwankenden Wähler in ihre Überlegungen einbezogen haben. 12 Prozent haben zwischen der gewählten Partei und der AfD geschwankt, 11 Prozent überlegten, die FDP zu wählen, weitere 9 Prozent die Grünen. Die Linke hat mit 4 Prozent von allen im Bundestag vertretenen Parteien das geringste Potenzial unter den unsicheren Wählern.

Tabelle 2:

Schwanken zwischen Parteien (Basis: unentschlossene Wähler).

Und zwischen welchen Parteien haben Sie geschwankt? Zwischen Ihrer tatsächlichen Wahl der (bei Bundestagswahl gewählte Partei) und ...

Basis: Wähler, die zwischen Wahl verschiedener Parteien geschwankt haben.

	Gesamt
SPD	27
CDU/CSU	31
AfD	12
FDP	11
B90/Grüne	9
Die Linke	4
Eine andere Partei	2

Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017; Angaben in Prozent.

Verändert man die Prozentuierungsbasis und betrachtet alle Wähler zusammen, haben 14 Prozent zur CDU/CSU geschwankt, aber eine andere Partei gewählt, 12 Prozent zur SPD, je 5 Prozent zur AfD und FDP, 4 Prozent zu den Grünen und 2 Prozent zur Linken. Von den Wählern der Union haben 17 Prozent auch überlegt, die SPD zu wählen. Gleichzeitig hat ein Fünftel der SPD-Wähler mit der Union geliebäugelt. Hier zeigt sich, dass Union und SPD für viele Wähler gleichermaßen wählbar sind. Zudem hat jeder zehnte CDU/CSU-Wähler über die Wahl der FDP nachgedacht. Umgekehrt haben sogar 44 Prozent der FDP-Wähler überlegt, ob sie nicht lieber CDU/CSU wählen wollen. Das ist der höchste Anteil an Unentschiedenen in allen Gruppen. In Anbetracht der Wählerströme zwischen Union und FDP sowohl 2013 (Neu 2013: 31) als auch 2017 (Neu/Pokorny 2017: 20 ff.) ist das wenig überraschend. Des Weiteren haben 9 Prozent der Unionswähler über die AfD nachgedacht und ein Viertel der AfD-Wähler hat überlegt, sein Kreuz bei der Union zu machen. Darüber hinaus geben 6 Prozent der Unionswähler an, zwischen Union und den Grünen geschwankt zu haben, während umgekehrt 9 Prozent der Grünen-Wähler zwischen diesen beiden Parteien unentschlossen waren.

Die SPD-Wähler schwankten neben der Union nur wenig zwischen anderen Parteien. Je 8 Prozent der SPD-Wähler haben überlegt, stattdessen Grüne oder AfD zu wählen. Zu den anderen Parteien liegen die Werte bei unter 5 Prozent. Umgekehrt hat fast ein Fünftel der Grünen-Wähler über ein Kreuz bei der SPD nachgedacht. Zusätzlich sagen 12 Prozent der Wähler von Bündnis 90/Die Grünen, sie hätten zwischen diesen und der Linken geschwankt. Die Wähler der Linken wiederum tendierten stark zur SPD. 29 Prozent der Linken-Wähler haben überlegt, stattdessen der SPD die Stimme zu geben. Weitere 6 Prozent haben mit den Grünen geliebäugelt.

Union und SPD für viele Wähler gleichermaßen wählbar

Die FDP-Wähler tendierten – wie schon erwähnt – sehr stark zur Union. Darüber hinaus hatten sie keine weiteren nennenswerten Affinitäten. Die Wähler der AfD schwankten überwiegend zwischen dieser und der Union, aber auch der SPD. Zudem haben 7 Prozent der AfD-Wähler überlegt, doch lieber FDP zu wählen. Wenn man die Wählerwanderung der letzten Bundestagswahl berücksichtigt, ist es sehr erstaunlich, dass kein AfD-Wähler angibt, über die Wahl der Linken nachgedacht zu haben. Umgekehrt haben auch nur 2 Prozent der Linken-Wähler über die Wahl der AfD spekuliert. Allerdings geben die Wechselströme nur Auskunft über den Austausch zwischen Parteien von einer Wahl zur anderen. Möglicherweise waren die Wähler, die von der Linken zur AfD gewechselt sind, schon früh entschlossen, die Partei zu wechseln, sodass sie nicht mehr schwankten und abwägen mussten. Sie waren offenbar besonders sicher in ihrer Wechselabsicht.

Tabelle 3:

Schwanken zwischen Parteien (Basis: alle Wähler).

Haben Sie in den letzten sechs Wochen vor der Bundestagswahl einmal zwischen der Wahl der (bei der Bundestagswahl gewählte Partei) und einer oder mehreren anderen Parteien geschwankt?

	Recall Bundestagswahlabsicht						
	Gesamt	CDU/CSU	SPD	B90/Grüne	Die Linke	FDP	AfD
Ja, und zwar zwischen meiner tatsächlich gewählten Partei und ...	45	45	44	40	42	50	47
CDU/CSU	14	-	21	9	2	44	28
SPD	12	17	-	18	29	3	8
AfD	5	9	8	0	2	1	-
FDP	5	10	3	-	-	-	7
B90/Grüne	4	6	8	-	6	-	-
Die Linke	2	-	2	12	-	-	-
Eine andere Partei	1	1	-	1	-	-	3
Geschwankt, aber weiß nicht (mehr), zwischen welchen Parteien/verweigert	4	5	4	2	4	3	2
Nein	50	51	50	54	49	44	50
Weiß nicht (mehr)/verweigert/keine Angabe	5	4	6	5	10	6	3

Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017; Angaben in Prozent; Basis Recall.

Der hohe Anteil an Wählern, die zwischen zwei oder mehr Parteien schwankten, beruht auf der Tatsache, dass mehr als ein Drittel der Befragten meint, bei dieser Bundestagswahl sei ihnen die Wahlentscheidung schwerer gefallen als früher. Dabei ist dieser Anteil unter FDP- und AfD-Wählern überdurchschnittlich hoch, da sich in diesen beiden Gruppen fast jeder Zweite mit der Entscheidung schwer getan hat. Die Wähler der Linken äußerten dagegen leicht unterdurchschnittlich, dass es ihnen schwerer gefallen sei, sich zu entscheiden. Als Gründe für die Entscheidungsschwierigkeiten werden in der

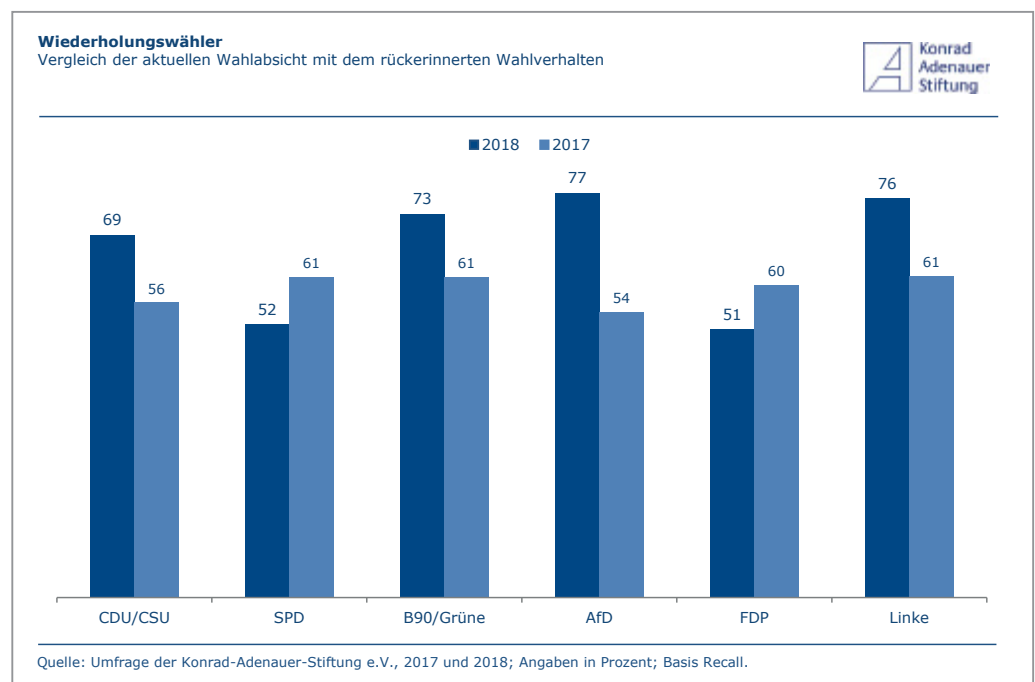
Einem Drittel fiel die Wahlentscheidung besonders schwer.

offenen Abfrage vor allem die schwierige Beurteilung des politischen Angebots (z.B. keine klaren Ziele, Inhaltslosigkeit, Führungswechsel bei der SPD, „Wahl des kleinsten Übels“ etc.), negative Einschätzungen zu Politikern und Politik (z.B. fehlende Bürgernähe, Politik(er)- und Parteienverdruss) sowie spezielle Sachthemen (z.B. Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik, soziale Gerechtigkeit), aber auch der Wahlkampfstil (z.B. ein langweiliger Wahlkampf) genannt. Die Wähler der AfD hatten nach eigener Aussage überdurchschnittlich häufig Probleme bei der Entscheidungsfindung, weil ihnen die Politik zu „eingefahren“ sei. Zudem nennen sie besonders häufig die Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik als Grund für ihre Unentschlossenheit.

Die hohen Wechselwählerpotenziale schlagen sich auch in der Frage nach der aktuellen Wahlabsicht (Sonntagsfrage) nieder. In der Umfrage, die Ende 2017 durchgeführt wurde, geben nur 56 Prozent der Wähler von CDU und CSU auch bei der Sonntagsfrage an, die Union wählen zu wollen. Im Februar 2018⁷ hingegen ist dieser Anteil wieder auf über zwei Drittel gestiegen. Offenbar ist ein Teil der Unionswähler durch das Scheitern der Sondierungsgespräche für eine Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grünen kurzzeitig verunsichert worden. Ähnliches zeigt sich bei anderen Parteien. Auch bei den Grünen lag der Anteil derjenigen, die der Partei bei der Bundestagswahl ihre Stimme gaben und das auch laut Sonntagsfrage wieder tun würden, Ende 2017 bei 61 Prozent, im Februar 2018 hingegen bei 73 Prozent. Auch die Wähler der Linken und der AfD zeigten etwa zwei Monate nach der Wahl eine größere Skepsis gegenüber ihrer gewählten Partei, fanden aber 2018 wieder zu ihr zurück. Bei den Wählern der SPD und der FDP verhält es sich genau spiegelverkehrt. Ende 2017 gaben 61 Prozent der SPD-Wähler an, wieder SPD zu wählen, während das im Februar 2018 nur noch gut die Hälfte der SPD-Wähler sagten. Sie waren offensichtlich durch das Verhalten der Partei im Zuge der schwierigen Koalitionsbildung verunsichert. Auch der FDP scheint der Abbruch der Sondierungen nicht genutzt zu haben. Ende 2017 wollten noch 60 Prozent der FDP-Wähler wieder für die FDP stimmen, Anfang 2018 ging der Anteil auf 51 Prozent zurück.

Abbildung 3:

Der Anteil an Befragten, die bei der aktuellen Sonntagsfrage dieselbe Partei nennen wie bei der Rückerinnerung.



Auch die Bewertung des Wahlergebnisses der Parteien bei der Bundestagswahl zeigt eine gewisse Affinität oder Distanz der Wähler zu den einzelnen Parteien. Daher wurde in der Umfrage Ende 2017 gefragt, ob die Parteien besser, schlechter oder genauso wie gewünscht abgeschnitten hätten. Zusätzlich konnten die Befragten angeben, dass ihnen das Abschneiden egal war. Bei CDU und SPD ist der Anteil an Befragten am höchsten, die sagen, diese Parteien hätten schlechter abgeschnitten als gewünscht (45 Prozent). Bei allen anderen Parteien ist dieser Anteil niedriger. Gleichzeitig sind mit 17 Prozent bei der SPD am wenigsten Wähler der Ansicht, sie habe besser abgeschnitten als gewünscht. Vom Ergebnis der CDU sagt das ein gutes Viertel. Insgesamt zeigt sich bei CDU und SPD also die größte Enttäuschung über das Abschneiden der Parteien.

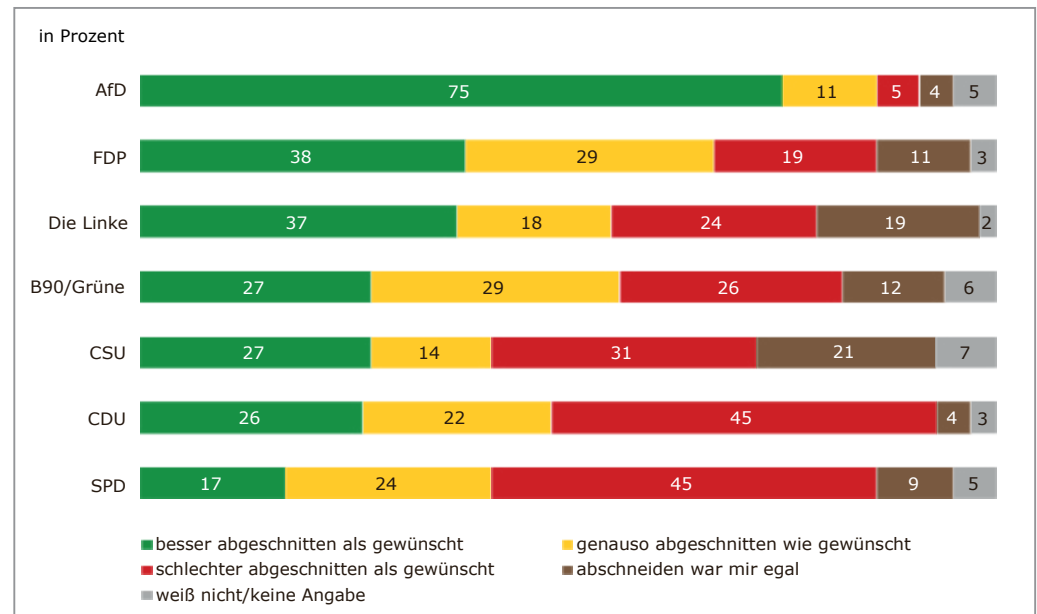
Bei der CSU fällt der hohe Anteil an Befragten auf, denen das Abschneiden egal war. Ein gutes Fünftel äußert gegenüber dem Abschneiden der CSU Gleichgültigkeit. Das liegt vermutlich daran, dass die CSU nur in Bayern antritt und daher für die Mehrheit der Wahlberechtigten nicht wählbar ist. Zusätzlich sagt ein knappes Drittel, die CSU habe schlechter abgeschnitten als gewünscht, für 27 Prozent war das Ergebnis besser als erhofft.

Bei den Grünen zeigt sich keine klare Tendenz. Etwa gleich viele Befragte sagen, die Grünen hätten besser, schlechter oder wie gewünscht abgeschnitten. Bei der Linken findet sich mit 19 Prozent wieder ein etwas höheres Maß an Gleichgültigkeit. Zusätzlich meint ein Viertel der Wahlberechtigten, die Linke habe schlechter abgeschnitten als gewünscht. 37 Prozent zeigen sich jedoch weniger begeistert vom Wahlergebnis der Linken, da die Partei besser abgeschnitten habe, als sie es wünschten. Auch bei der FDP meinen 38 Prozent, das Ergebnis sei besser als gewünscht. Ein knappes Fünftel hatte sich dagegen ein besseres Ergebnis der FDP erhofft, während sich 29 Prozent mit dem Abschneiden der FDP zufrieden zeigen.

Auch wenn sich durchaus Unterschiede in der Wahrnehmung der Wahlergebnisse zeigen, sind diese doch eher als moderat zu bezeichnen. Das Ergebnis der AfD bei der Bundestagswahl 2017 sorgt mit Abstand für die größte Ablehnung. Für drei Viertel der Wahlberechtigten hat die AfD besser abgeschnitten, als sie es sich gewünscht haben. Lediglich 5 Prozent hätten sich ein besseres Ergebnis gewünscht und 11 Prozent sind mit dem Ergebnis, das die AfD erzielt hat, zufrieden. Gleichgültig gegenüber dem Abschneiden der AfD äußern sich nur 4 Prozent. Genauso niedrig ist dieser Wert nur bei der CDU mit ebenfalls 4 Prozent. Diese beiden Parteien wurden bei der letzten Bundestagswahl offenbar genauer verfolgt als die anderen Parteien, bei denen die Indifferenz größer ausfällt.

Drei Viertel hätten sich ein schlechteres Abschneiden der AfD gewünscht.

Abbildung 4:
Bewertung des Abschneidens der Parteien bei der Bundestagswahl 2017.



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017.

Einstellungen zu Politik, Politikern und Parteien

Für die Wahlentscheidung ist auch die Wahrnehmung von Politik von großer Bedeutung. Politische Fragestellungen werden unterschiedlich wahrgenommen und Wahlberechtigte fühlen sich unterschiedlich kompetent in politischen Themen. Zudem ist das Bild, das Wähler von Parteien und Politikern haben, wichtig für die Wahlentscheidung. Daher wurden auch Einstellungen zu Politik, Politikern und Parteien abgefragt.

Die überwiegende Mehrheit hält sich für kompetent, wichtige bundespolitische Fragen einzuschätzen. Für besonders politisch kompetent halten sich die Wähler der Linken und der FDP, während die Wähler der Grünen leicht zurückhaltender sind. Zudem meinen Männer häufiger als Frauen, sie könnten wichtige bundespolitische Fragen gut verstehen und einschätzen. Des Weiteren beeinflusst das politische Interesse die Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz. Je höher das politische Interesse ist, desto höher ist auch die politische Kompetenz: Drei Viertel der politisch (sehr) stark Interessierten geben an, bundespolitische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können, wohingegen das lediglich ein Viertel der politisch kaum oder gar nicht Interessierten von sich sagen.

Insgesamt haben gut zwei Drittel der Wahlberechtigten einer Partei die Daumen gedrückt, was auf eine gewisse emotionale Nähe hinweist. Wenig überraschend liegt der Anteil unter allen Parteiwählern mit 85 bis 90 Prozent deutlich höher als unter Nichtwählern, von denen lediglich 13 Prozent einer Partei die Daumen gedrückt haben. Das politische Interesse macht sich hier nicht so stark bemerkbar wie bei der wahrgenommenen politischen Kompetenz. Politisch stark Interessierte haben nur leicht häufiger einer Partei die Daumen gedrückt als Bürger ohne politisches Interesse (68 Prozent zu 64 Prozent).

Dagegen sagt nicht einmal jeder Zweite, er wisse, worin sich die Parteien inhaltlich unterscheiden. Am geringsten fällt dieser Anteil unter den Wählern der Grünen aus,

Mehrheit hält sich für kompetent, wichtige bundespolitische Fragen einzuschätzen.

wohingegen sich die Wähler der Linken am häufigsten mit den inhaltlichen Unterschieden der Parteien auskennen. Das politische Interesse hat einen massiven Einfluss auf die selbst wahrgenommene Fähigkeit, die Parteien zu unterscheiden. Je weniger ein Befragter an Politik interessiert ist, desto seltener stimmt er der Aussage zu. Über zwei Drittel der politisch (sehr) stark interessierten Bürger gibt an, die inhaltlichen Unterschiede der Parteien zu kennen. Das gleiche gilt nur für 17 Prozent der Bürger mit mittlerem politischen Interesse und 6 Prozent der kaum bis gar nicht Interessierten. Zudem sind Frauen (43 Prozent) leicht zurückhaltender bezüglich der inhaltlichen Unterschiede als Männer (49 Prozent).

Etwa die Hälfte der Befragten gibt an, dass es Politiker gebe, die ihnen ganz gut gefallen. Die Unterschiede zwischen den Parteianhängern fallen recht gering aus. Am seltensten stimmen die Wähler der Grünen sowie die Nichtwähler zu, am häufigsten die Wähler von CDU/CSU und AfD. Auch hier ist das politische Interesse ein wesentlicher Einflussfaktor. Lediglich 28 Prozent der politisch wenig bis gar nicht Interessierten gefällt ein Politiker im Gegensatz zu jedem zweiten Bürger mit (sehr) starkem oder mittlerem politischen Interesse.

Eine engere Bindung an Politiker haben schon deutlich weniger Wahlberechtigte. 37 Prozent geben an, dass es Politiker gebe, die ihnen sehr wichtig seien. Erneut legen die Wähler der Grünen von allen Parteianhängern am wenigsten Wert auf Politiker. Lediglich 29 Prozent meinen, es gebe Politiker, die ihnen wichtig seien. Genauso niedrig fällt der Wert unter den Nichtwählern aus. Von den Wählern der Linken dagegen geben 44 Prozent an, manche Politiker seien ihnen sehr wichtig. Erneut findet sich unter Menschen mit geringem politischem Interesse (24 Prozent) weniger Zustimmung als unter politisch stark Interessierten (39 Prozent).

Das allgemeine Interesse an Politikern fällt noch etwas geringer aus. Ein Drittel stimmt zu, dass es Politiker gebe, die sie interessieren. Diesmal fallen die Wähler der FDP auf. Mit 42 Prozent finden sich hier die meisten Befragten, die einen interessanten Politiker wahrnehmen. Die übrigen Parteianhängerschaften unterscheiden sich kaum voneinander. Allerdings nimmt das Interesse an Politikern mit sinkendem Interesse an Politik ab.

Politiker spielen durch zunehmende Personalisierung eine wichtige Rolle für das Abschneiden von Parteien bei Wahlen. Dennoch gibt es Politiker, die zwar als sympathisch wahrgenommen werden, aber nicht dazu führen, dass die zugehörige Partei gewählt wird. Über ein Viertel der Wahlberechtigten stimmt zu, dass es Politiker gebe, die sie mögen, aber nie wählen würden. Die Parteianhänger unterscheiden sich nur geringfügig. Am geringsten ist die Zustimmung unter den Wählern der AfD, am höchsten unter denen von CDU und CSU. Auch hier macht sich das politische Interesse bemerkbar. 30 Prozent der Wahlberechtigten, die (sehr) stark politisch interessiert sind, mögen einen oder mehrere Politiker, würden ihn oder sie aber nie wählen, während das nur ein knappes Fünftel derjenigen sagt, die kaum bis gar nicht politisch interessiert sind.

Zusätzlich wurde in der vorliegenden Umfrage eine offene Methode gewählt, um die Affinität zu Politikern zu erheben. Dazu wurden die Befragten gebeten, einen Politiker zu nennen, den sie gerne privat kennenlernen würden. 44 Prozent möchten keinen Politiker kennenlernen. Das ist mit Abstand die häufigste Nennung. Etwa ein Viertel nennt einen Politiker der beiden Unionsparteien, wobei Angela Merkel (13 Prozent) deutlich vor Wolfgang Schäuble (3 Prozent) liegt. Einen Politiker der SPD wollen 11 Prozent der Befragten gerne kennenlernen. Hier wird am häufigsten Martin Schulz (4 Prozent) vor Frank-Walter Steinmeier (2 Prozent) genannt. 5 Prozent würden

Politisches Interesse
bei vielen politischen
Einstellungen bedeut-
sam

gerne einen Grünen-Politiker privat kennenlernen, wobei Cem Özdemir und Renate Künast (je 1 Prozent) am beliebtesten sind. Linken-Politiker stehen bei 4 Prozent der Wahlberechtigten hoch im Kurs. Hier liegen Oskar Lafontaine, Sahra Wagenknecht (je 2 Prozent) und Gregor Gysi (1 Prozent) sehr nah zusammen. Bei der FDP (3 Prozent) wird vor allem Christian Lindner (2 Prozent), aber auch Wolfgang Kubicki genannt (1 Prozent). Ebenfalls 3 Prozent würden gerne einen Politiker der AfD kennenlernen. Hier rangieren Alexander Gauland und Björn Höcke vorn (je 1 Prozent). Diese Zahlen zeigen eindrucksvoll, wie gut der Wert von Angela Merkel ist. Sie wollen mit großem Abstand die meisten Menschen gerne privat kennenlernen.

Von Politik im Alltag betroffen fühlen sich nur 28 Prozent der Wahlberechtigten. Die Parteianhängerschaften unterscheiden sich hier nur minimal. Dagegen gibt es erneut große Unterschiede zwischen den politisch stärker und den weniger Interessierten. Mit zunehmendem politischem Interesse steigt der Anteil derjenigen, die sich im Alltag häufig von Politik betroffen fühlen. Allerdings gibt selbst unter den (sehr) stark politisch Interessierten nur ein gutes Drittel an, häufig von Politik betroffen zu sein. Unter den etwas Interessierten ist es nur noch ein knappes Viertel, während lediglich 7 Prozent der wenig bis gar nicht Interessierten die Meinung vertreten, sie seien im Alltag von Politik betroffen. Zudem fühlen sich weniger Frauen (25 Prozent) als Männer (32 Prozent) von Politik betroffen. In Anbetracht der vielfältigen Bereiche des Alltags, die von politischen Entscheidungen geprägt sind, sind diese niedrigen Werte erstaunlich, stehen aber im Einklang mit früheren Untersuchungen (vgl. Pokorny 2013: 17).

Umgekehrt sagt jedoch nur eine Minderheit von 22 Prozent, sie käme im Alltag kaum dazu, sich mit Politik zu befassen. Auch wenn die Unterschiede zwischen den Parteianhängern gering ausfallen, kommen die Wähler der SPD und der Grünen am häufigsten dazu, sich mit Politik zu befassen, die Wähler der AfD am seltensten. Mit steigendem politischem Interesse sinkt der Anteil derjenigen, die sich kaum mit Politik befassen (kaum/gar kein politisches Interesse: 50 Prozent; (sehr) starkes politisches Interesse: 17 Prozent).

Zudem gibt ein gutes Drittel an, durch Politik könne sich die persönliche Situation verändern. Offenbar gibt es doch ein gewisses Bewusstsein dafür, dass Politik auf das eigene Leben Einfluss hat, auch wenn der Anteil recht gering ausfällt. Die Parteianhänger unterscheiden sich nur geringfügig voneinander. Das politische Interesse spielt aber erneut eine Rolle. Von den kaum oder gar nicht politisch Interessierten meinen nur 17 Prozent, Politik könne die eigene Situation verändern, während das 39 Prozent derjenigen sagen, die (sehr) stark politisch interessiert sind.

Lediglich jeder Zehnte meint, es sei egal, wer in Berlin regiert, da es für ihn oder sie keinen Unterschied mache. Unter den Wählern der AfD fällt die Zustimmung mit 5 Prozent noch niedriger aus als in allen anderen Wählerschaften. Mit steigendem politischem Interesse sinkt erneut die Zustimmung. Unter den politisch stark Interessierten ist nur 9 Prozent der Befragten egal, wer regiert, während das unter denjenigen, die kaum bis gar nicht politisch interessiert sind, für mehr als jeden Fünften gilt.

Noch geringer ist der Anteil derjenigen, die sagen, Politik sei ihnen egal. Nur 8 Prozent stimmen dem voll und ganz oder eher zu. Erneut sind die Unterschiede zwischen den Wählerschaften gering. Unter den Wählern der Linken finden sich die meisten Indifferenten, wohingegen von den Wählern der FDP die wenigsten Befragten meinen, Politik sei ihnen egal. Das politische Interesse ist wieder von großer Bedeutung. Keiner der Befragten mit (sehr) starkem politischem Interesse sagt, Politik sei ihm egal. Von den

Nur eine Minderheit
fühlt sich im Alltag
von Politik betroffen.

Jedem Zehnten ist
egal, wer in Berlin
regiert.

wenig bis gar nicht Interessierten ist dagegen fast jeder Zweite Politik gegenüber indifferent. Zusätzlich geben mehr Frauen (10 Prozent) als Männer (5 Prozent) an, Politik sei ihnen egal.

Tabelle 4:

Einstellungen zu Politik, Politikern und Parteien.

(Trifft voll und ganz/eher zu in Prozent).

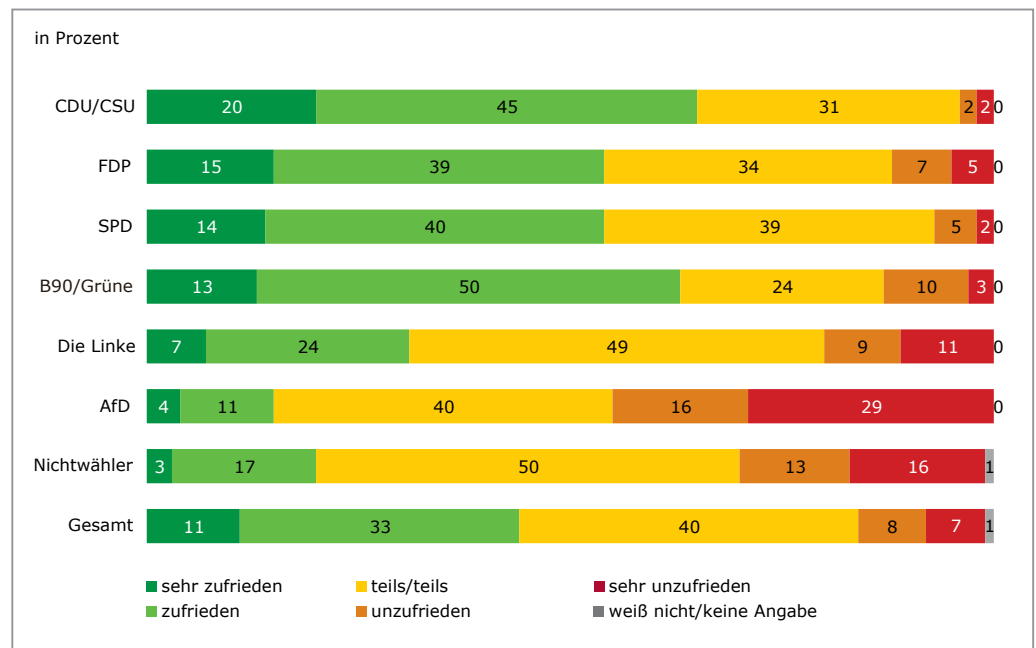
	Recall Bundestagswahlabsicht							
	Gesamt	CDU/ CSU	SPD	B90/ Grüne	Die Linke	FDP	AfD	Nicht- wähler
Wichtige bundespolitische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.	70	71	70	65	76	75	68	69
Ich habe einer Partei die Daumen gedrückt.	68	86	85	85	90	87	89	13
Es gibt ein paar Politiker, die mir ganz gut gefallen.	49	52	51	46	50	50	53	45
Ich weiß, worin sich die Parteien inhaltlich unterscheiden.	46	45	47	40	50	45	43	46
Es gibt Politiker, die mir sehr wichtig sind.	37	40	36	29	44	38	40	29
Durch Politik kann sich meine persönliche Situation verändern.	35	34	35	32	35	33	39	33
Es gibt Politiker, die mich interessieren.	33	35	34	33	34	42	30	30
Es gibt Politiker, die ich mag, aber nie wählen würde.	28	31	28	29	29	27	25	29
Ich bin in meinem Alltag häufig von Politik betroffen.	28	27	27	31	29	29	29	29
Ich komme im Alltag kaum dazu, mich mit Politik zu befassen.	22	21	19	19	23	20	23	23
Es ist ganz egal, wer in Berlin regiert, denn für mich macht das keinen Unterschied.	12	11	13	12	12	12	5	12
Mir ist Politik egal.	8	6	7	6	11	5	9	8

Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2017; Angaben in Prozent; Basis Recall.

Hohe allgemeine Demokratiezufriedenheit; CDU/CSU-Wähler besonders zufrieden, AfD-Wähler besonders unzufrieden

Gerade in Zeiten einer erstarkenden populistischen Partei sind nicht nur die Einstellungen zu Politik, sondern auch die Zufriedenheit mit der Demokratie von besonderer Relevanz. Die Demokratiezufriedenheit wurde im Februar 2018 in einer laufenden Bevölkerungsumfrage von Infratest dimap abgefragt.⁸ Insgesamt ist sie sehr hoch. 44 Prozent der Wahlberechtigten sind zufrieden oder sehr zufrieden, weitere 40 Prozent antworteten mit teils/teils. Lediglich 15 Prozent sind (sehr) unzufrieden mit der Demokratie. Am zufriedensten sind die Wähler von CDU/CSU, FDP, SPD und den Grünen. In diesen Gruppen ist jeweils die Mehrheit mit der Demokratie zufrieden oder sehr zufrieden. Die Wähler der Linken sind schon deutlich weniger zufrieden. Aber immerhin ist noch ein knappes Drittel (sehr) zufrieden mit der Demokratie, während jeder zweite Linken-Wähler angibt, teils zufrieden, teils unzufrieden zu sein. Schlusslichter sind die Wähler der AfD zusammen mit den Nichtwählern, wobei die AfD-Wähler sogar mit Abstand am unzufriedensten sind, wenn man nicht die Kategorie „sehr zufrieden“, sondern „sehr unzufrieden“ betrachtet. 29 Prozent der AfD-Wähler sind sehr unzufrieden mit der Demokratie, ganze 45 Prozent sogar unzufrieden oder sehr unzufrieden. Wie schon in früheren Untersuchungen (vgl. Pokorny 2017), zeigt sich auch hier wieder, dass sich die Wähler der Union und der AfD wie Antipoden gegenüberstehen und kaum Gemeinsamkeiten aufweisen.

Abbildung 5: Demokratiezufriedenheit.



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2018.

Schlussbemerkung

In Anbetracht der Entwicklung des Briefwähleranteils seit 1994 ist davon auszugehen, dass dieser Anteil weiter steigen wird. Briefwähler unterscheiden sich allerdings nur wenig von Urnenwählern, weder in den politischen Einstellungen noch bei Alter oder Bildung konnten nennenswerte Unterschiede festgestellt werden. Briefwähler sind allerdings früher entschlossen, welcher Partei sie ihre Stimme geben wollen, sodass sie in den letzten Wochen vor der Bundestagswahl vermutlich nicht mehr durch Kampagnen erreicht werden können.

Die Zunahme an Wechselwählern macht sich in hohen Parteipotenzialen bemerkbar. Besonders hoch ist der Anteil an Wählern, die sich vorstellen können, Union oder SPD zu wählen (dies aber bei der Bundestagswahl 2017 nicht getan haben). Gleichzeitig geben viele Befragte an, diese beiden Parteien hätten schlechter abgeschnitten als gewünscht. Aus dem Wahlergebnis der Bundestagswahl 2017 sollte daher kein genereller Trend abgelesen werden. Auch wenn sowohl Union als auch SPD Verluste zu verzeichnen hatten, scheint es keinesfalls ausgemacht, dass dies so bleibt. Die Wählerpotenziale sind in jedem Fall vorhanden.

Bei den Einstellungen zu Politik, Politikern und Parteien zeigt sich ein komplexes Bild. Die meisten Wahlberechtigten meinen, sie könnten wichtige bundespolitische Fragen gut einschätzen. Gleichzeitig kann aber nicht einmal jeder Zweite sagen, worin genau sich die Parteien inhaltlich unterscheiden. Zusätzlich meint nur eine Minderheit, sie sei im Alltag von Politik betroffen. Dies sollte nachdenklich stimmen, wurde aber schon mehrfach in empirischen Untersuchungen festgestellt. Auch das Interesse an Politikern fällt eher gering aus. Völlig egal ist Politik jedoch nur einer sehr kleinen Minderheit, was wiederum ein positiver Befund dieser Studie ist.

Immer wieder stellen empirische Untersuchungen fest, dass die Wähler der AfD mit denen der Union nur wenig gemein haben, so auch diese Umfrage. AfD-Wähler sind mit Abstand am unzufriedensten mit der Demokratie in Deutschland, sogar noch unzufriedener als Nichtwähler. Im Gegensatz dazu sind die Wähler der Union – dicht gefolgt von den Wählern von FDP, SPD und Grünen – am zufriedensten mit der Demokratie.

- 1| Die Umfrage wurde im November 2017 von *polytix strategic research* durchgeführt. Insgesamt wurden 71 Tiefeninterviews mit Wahlberechtigten geführt, darunter Wähler von CDU, SPD, Die Grünen, Die Linke, FDP und AfD sowie Nichtwähler. Die Interviews wurden geführt in Studios in Berlin, Frankfurt/Main, Rostock, Hamburg, Stuttgart, Leipzig, Saarbrücken, Dresden, Hannover und Essen.
- 2| Interview 12, weiblich, SPD-Wählerin, Frankfurt/Main.
- 3| Interview 2, männlich, Linken-Wähler, Berlin.
- 4| Interview 53, männlich, FDP-Wähler, Hannover.
- 5| Interview 1, weiblich, Grünen-Wählerin, Berlin.
- 6| Eine ausführliche Analyse der Stammwähler folgt in Kürze.
- 7| Einschaltung in eine laufende Bevölkerungsumfrage von *Infratest dimap*, Feldzeit 13. bis 21. Februar 2018, 1.504 Befragte.
- 8| Siehe Fußnote 7.

LITERATUR

- *Blumenstiel, Jan Eric und Elena Wiegand, 2014, Wechselwähler, in: Schmitt-Beck, Rüdiger, Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher, Bernhard Weßels, Christof Wolf u.a., Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden, S. 133–144.*
- *Ellermann, Silvia, 2004, Die Bedeutung der Briefwähler bei der Bundestagswahl 2002, in: Brettschneider, Frank, Jan van Deth und Edeltraut Roller (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes, Wiesbaden, S. 249–275.*
- *Giebler, Heiko, 2014, Die Briefwähler, in: Schmitt-Beck, Rüdiger, Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher, Bernhard Weßels, Christof Wolf u.a., Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden, S. 169–177.*
- *Kobold, Kevin, 2014, Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 – ein Vergleich. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistiken, in: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, S. 718–732.*
- *Neu, Viola, 2013, Bundestagswahl in Deutschland am 22. September 2013. Wahlanalyse. Endgültiges Wahlergebnis, Berlin.*
- *Neu, Viola und Sabine Pokorny, 2017, Bundestagswahl in Deutschland am 24. September 2017. Wahlanalyse. Endgültiges Wahlergebnis, Berlin.*
- *Pokorny, Sabine, 2017, Vertrauen, Zufriedenheit, Zuversicht. Politische Einstellungen in Deutschland 2017 – Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Analysen und Argumente Nr. 267, Sankt Augustin/Berlin.*
- *Pokorny, Sabine, 2013, Wo bitte geht's zum Generationenkonflikt? Politische Einstellungen Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland, Sankt Augustin/Berlin.*

Die Autorin

Dr. Sabine Pokorny wurde 1981 in Wesel geboren. Sie studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie an der Universität zu Köln. 2007 bis 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin. Seit September 2011 Koordinatorin Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Ansprechpartnerin:

Dr. Sabine Pokorny

Koordinatorin Empirische Sozialforschung

Hauptabteilung Politik und Beratung

Telefon: +49(0)30/26996-3544

E-Mail: sabine.pokorny@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2018, Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign

Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-95721-430-0

www.kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite
© Gert Lapoehn Fotogr.,
fotolia